

christlichen Glaubens in den Vordergrund rückt. In diesem Sinn ist das ein Dienst an der Ökumene. Die Praxis der Ökumene ist auf solche Versuche angewiesen. Das neue Glaubensbuch hat seinen Zweck dann erreicht, wenn es

die Christen verschiedener Kirchen zur gemeinsamen Verantwortung des christlichen Glaubens im gelebten Zeugnis führt.
Magnus Löhrer

Länderbericht

Brasiliens Kirche unter der Herrschaft des Militärs

Ein nicht ausgetragener Konflikt mit vielen Stationen

Brasilien ist in den vergangenen Jahren wie kaum ein anderes Land der Dritten Welt in den Vordergrund der Auslandsberichterstattung der europäischen Presse geraten. Positive und negative Superlative wechseln sich in den Schlagzeilen ab und liefern dem Betrachter ein verwirrendes Bild: sagenhafter Wirtschafts-Boom — steigende Armut des Großteils der Bevölkerung; Versicherung der Freundschaft und Protektion durch die USA — strengste Militärdiktatur; größtes katholisches Land der Welt — anhaltende politische Pressionen gegen Christen; äußerst toleranter und liebenswürdiger Menschenschlag — brutalster Terror.

Es waren die Konflikte zwischen der brasilianischen Regierung und der katholischen Kirche, die die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die soziale und politische Situation des Landes lenkten. Als einzige noch bestehende Opposition in der Militärdiktatur Brasiliens protestieren immer wieder Bischöfe und kirchliche Gruppen gegen Verletzungen der Menschenrechte und fordern die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit¹.

Flächenmäßig ist Brasilien das fünftgrößte Land der Welt, ein halber Kontinent. Die Zahl seiner Einwohner hat 1972 100 Millionen erreicht². Die seit dreißig Jahren anhaltenden Binnenwanderungen zu den Städten, vor allem den industriellen Ballungszentren São Paulo-Rio-Belo Horizonte, bewirken eine radikale Verschiebung des Bevölkerungsverhältnisses von ländlichen Gebieten und Städten. São Paulo zählt mit seinen Vororten 9 Millionen, Rio de Janeiro 4 Millionen Einwohner.

Seit 1964 ist Brasilien *Militärdiktatur*. Der Staatsstreich der Militärs hatte einer Entwicklung nach links ein Ende

gesetzt, einer politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, die trotz innenpolitischer Korruption, wirtschaftlicher Inflation und eines umstrittenen demagogischen Präsidenten von strukturreformerischen Bemühungen gekennzeichnet war. Alphabetisierungs- und Politisierungskampagnen zielten auf eine Bewußtwerdung und aktive Beteiligung der traditionell vom sozial-politischen Geschehen der Nation ausgeschlossenen Volksmassen. Die Bildung von Landarbeiter-Ligen, die Förderung von Syndikaten, die Mobilisierung der Industrie-Arbeiter, die Forderung und Ankündigung von Agrarreformen und Verstaatlichungen der Erdöl-Industrie beabsichtigten eindeutig die Änderung des Status quo. Als Instrument der bedrohten Machtinteressen traten die Militärs in Aktion.

Die eigentlichen Putschisten jedoch waren Konservative der verschiedenen Bereiche, Politiker, Vertreter der nationalen und internationalen Großindustrie, die um ihre Privilegien fürchtende Oberschicht, die auf Ruhe und Ordnung bedachte kleine städtische Mittelschicht. Und nicht zuletzt die militärischen Interessen der USA, die angesichts des Ost-West-Konflikts kaum ein sozialistisches Kuba, um so weniger einen linken Halb-Kontinent vor der Haustüre dulden konnten.

Die „Revolution von 1964“, wie sich die zum Sieg gelangte Rechts-Bewegung nannte, versuchte sofort nach dem Staatsstreich, mit umfangreichen Polizeimaßnahmen Herr der politischen und wirtschaftlichen Lage zu werden. Dies gelang jedoch erst im Laufe von Jahre andauernden innenpolitischen Kämpfen, die zur *systematischen Ausschaltung jeglicher Opposition* führten: die freien Gewerkschaften wurden verboten, ebenso die Organisationen der

Studenten. Die traditionellen Parteien wurden aufgelöst und durch zwei von der Regierung „approbierte“ Parteien ersetzt. Durch verschiedene „Institutionelle Akte“ konnten jederzeit Grundrechte aufgehoben sowie politische Mandate und Ämter entzogen werden. Diese repressiven Vollmachten der Regierung erhielten 1967 in einer neuen Verfassung ihre konstitutionelle Gesetzmäßigkeit.

Die politische und wirtschaftliche Lage

Die Ausschaltung der freien Presse durch das Pressegesetz und die Verfügung über die Menschen- und Grundrechte durch das „Nationale Sicherheitsgesetz“ sind die letzten Stationen vor dem „Ermächtigungsgesetz“ der Militärs, dem Institutionellen Akt Nr. 5 (AI 5). Mit der Verkündung des AI 5 im Dezember 1968 war der endgültige Sieg der Diktatur besiegelt. Alle gesetzgeberischen Vollmachten lagen ab nun beim Präsidenten, General *Costa e Silva* löste das Parlament auf. Trotz eines wieder einberufenen Schein-Parlaments und einigen Farcen von Parlamentswahlen, ist der AI 5 bis heute in Gültigkeit und wird angewandt. Seine Wirksamkeit in den vergangenen vier Jahren hat er darin demonstriert, daß die politischen Untergrundgruppen zerschlagen sind, die Bevölkerung in apolitischer Lethargie, die oppositionellen Gruppen unter der Drohung des Terrors ausharren und die Regierung unbehindert ihrer Politik nachgehen kann. Erst vor fünf Monaten hat der amtierende Präsident, General *Medici*, erklärt, von einer baldigen Re-Demokratisierung könne nicht die Rede sein.

Die Revolution von 1964 war mit dem wirtschaftlichen Anspruch angetreten, Brasilien dem Chaos und dem schier unentrinnbaren Strudel der Inflation zu entreißen, und hatte versprochen, das Land zu wirtschaftlicher und sozialer Blüte zu bringen. Heute, fast neun Jahre danach, wurde die eine Hälfte des Versprechens eingelöst — allerdings auf Kosten der anderen Hälfte. Die brasilianische Wirtschaft floriert, die Inflationsrate wurde von 90% 1964 auf 16% für 1971 gesenkt, die große Masse der immer ärmer werdenden Bevölkerung ermöglichte dieses Wirtschaftswunder³. Die von der Regierung angewandten Mittel, „Lohnbremse“ und „restriktive Industrialisierung“ brachten internationale Konkurrenzfähigkeit der brasilianischen Produkte und Ausweitung des Binnenmarktes zu Lasten des ständig abnehmenden Real- Mindestlohns (70% der Bevölkerung). Man konstatiert ein ungeheures Wirtschaftswachstum aufgrund ausländischer Investitionen zu Lasten der wirtschaftlichen — und damit politischen — Abhängigkeit Brasiliens von den hochentwickelten Industrienationen⁴. Den Wirtschafts-Boom auf Kosten der armen Schichten zeigt die folgende Gegenüberstellung der jährlichen Zuwachsraten des Sozialproduktes und der realen Mindestlöhne.

Jahr	Zuwachsraten des Sozialproduktes	Realer Mindestlohn*
1964	2,9%	234,64
1965	2,7%	228,37
1966	5,1%	198,11
1967	4,8%	190,91
1968	9,3%	190,31
1969	9,0%	185,71
1970	9,5%	187,20
1971	11,3%	186,45

* in Preisen von 1970

Publ. bei F. H. Cardoso: „Das brasilianische Entwicklungsmodell“ S. 7 und 19.

Damit werden aber nicht nur die armen Brasilianer immer ärmer, sondern auch die reichen Brasilianer immer reicher. Das Pro-Kopf-Einkommen des 1% der wirtschaftlich Herrschenden hat sich in den Jahren von 1960 bis 1970 mehr als verdoppelt⁵. Das Gesamt-Einkommen in Brasilien⁶ verteilte sich 1970 so, daß Ober- und Mittelschicht, insgesamt 20% der Bevölkerung, 63,2% des Gesamteinkommens verbuchte, während sich die restlichen 80% der Bevölkerung, die Armen, 36,8% vom Gesamteinkommen teilten. An eine wirkliche Umverteilung denken die Technokraten der brasilianischen Regierung unter dem Minister *Antônio Delfim Neto* offenbar nicht. Dem Finanzminister genügte die folgende Feststellung: „Sicher ist, daß 100% des Volkseinkommens unter 100% der Bevölkerung aufgeteilt werden. Die Proportionen sind nicht so wichtig, im Kapitalismus gibt es nun einmal Reiche und Arme.“⁷

Die religiöse Eigenart des Landes

Laut Statistik sind mehr als 90% aller Brasilianer *Katholiken*. Das Netz der Diözesen erstreckt sich von dem Staat der Gaúchos (Gaúchos) bis in die Tiefen des Amazonas, von den Millionenstädten Rio und São Paulo bis in die Weiten des Mato Grosso. Rund 270 Bischöfe⁸ zählt dieses Land. Priester und Ordensleute sind auch da tätig, wo die Verwaltung des modernen brasilianischen Staats noch keinen Fuß gefaßt hat.

Die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Institution verdankt die katholische Kirche der Geschichte des Landes. Das Kreuz war mit den Eroberern nach Südamerika gekommen, eine brasilianische Geschichte ohne Kirche hat es nie gegeben. Und so fühlt sich auch heute noch die gesellschaftliche Elite der traditionellen Religion, den christlich-kulturellen Werten und der Hierarchie verpflichtet.

Die religiösen Dienstleistungen der Kirche, einschließlich der Sakramente, Taufe, Eheschließung, und Beerdigung, haben ganz überwiegend gesellschaftlichen Charakter bekommen, ebenso wie Dankes-Messen zu bestimmten privaten, gesellschaftlichen, aber auch politischen Ereignissen und Gedenktagen. Oberschicht und Mittelstand lassen ihre Kinder mit Vorliebe in katholischen Schulen erziehen. Be-

suche von Bischöfen und Kardinälen bei Regierungen, Gouverneuren und Präfekten sind von der öffentlichen Bühne Brasiliens nicht wegzudenken. Die Institution Kirche erfüllt eine gesellschaftliche Funktion. Wie es jedoch hinter der Fassade des größten katholischen Landes mit dem Katholizismus bestellt ist, zeigen einige Zahlen und Tendenzen⁹. Gegenwärtig sind in Brasilien rund 14 000 Priester tätig, das sind im Verhältnis der Priester zu den von ihm betreuten Gläubigen durchschnittlich 1:6800. Das Verhältnis verringert sich leicht in den Städten, vergrößert sich dafür oft zu Extremen in den ländlichen Gebieten vor allem des Nordostens, wie z. B. im Bundesstaat Maranhão, auf 1:30 000. Ca. ein Drittel der Priester sind Weltpriester, die restlichen zwei Drittel gehören einem Orden bzw. einer Kongregation an. Der Anteil der Ausländer am Gesamt-Klerus betrug 1960 40,5%, heute dürften es einige Prozent weniger sein.

Eine ständige Verschlechterung des Priester-Problems in Brasilien signalisieren folgende Tendenzen:

- einer rapide abnehmenden Zahl der Priester-Berufungen steht eine wachsende Geburten-Rate in der Bevölkerung gegenüber
- immer mehr Priester lassen sich in den Laienstand zurückversetzen
- seit 1964 nimmt der Prozentsatz der ausländischen Priester in Brasilien ab.

Die Folge des seit Bestehen der brasilianischen Kirche bestehenden chronischen Priestermangels sowie des krassen Mißverhältnisses der Zahlen von Priestern und Getauften zwischen Städten und Land war und ist eine kleine „katholische Elite“, die sich einem zwar tief religiösen, jedoch im Glauben nur oberflächlich unterrichteten Volk gegenüber sieht. (Seit einigen Jahren von den brasilianischen Bischöfen unterstützte Reformpastoral zeigt deutliche Ansätze zur Änderung dieser Situation durch eine Laien-Evangelisierung und die Bildung von kirchlichen Basis-Gruppen; aber hierbei handelt es sich erst um erste Anfänge einer bewußtseinsorientierten kirchlichen Pastoral.)

Die Religion des Volkes

Brasilien ist trotz seiner über 90% getauften Katholiken kein katholisches Land. Die wahren Götter der Volksmassen in Brasilien heißen St. Georg, St. Hieronymus, St. Barbara, in den städtischen Zentren tragen sie die afrikanischen Namen Ogum, Xangó und Iansan. Brasilien ist das Land der *Umbanda* und *Candomblé*, der *Volksreligion*, die sich aus Spiritismus, afrikanischen und indianischen Stammesreligionen und Volkskatholizismus zusammensetzen¹⁰. Eine oberflächliche Christianisierung und die fast ständige Abwesenheit von Priestern hat auf dem Lande, besonders im volkreichen und armen Nordosten,

einen eigenen Katholizismus geschaffen, der die Heiligen als direkte Vermittler zwischen dem Diesseits und dem Jenseits vom Himmel holte und Priestern wie Sakramenten magische Wirkung zuschreibt.

Im Zuge der *Landflucht* der fünfziger und sechziger Jahre, den großen innerbrasilianischen Völkerwanderungen zu den Eldorados der Industriestädte, schossen dort *afro-brasilianische Kultstätten* der Umbanda wie Pilze aus dem Boden und nahmen die sozial und religiös Entwurzelten aus dem Landesinnern auf. Die traditionelle *Magie- und Wunder-Gläubigkeit des Volkskatholizismus* fand Bestätigung und Weiterführung in den Riten der Umbanda, in deren Verlauf eingeweihte Kultmitglieder, sogenannte Medien, in Ekstase die Götter verkörpern. Im Trancezustand hält man sie für befähigt, Auskunft über die Zukunft zu geben, Kranke zu heilen und Rat in allen Lebenslagen zu erteilen.

Da die Umbanda eine Religion im Werden ist, ist die Zahl ihrer Anhänger schwer abzuschätzen. Aber man kann sich ungefähr eine Vorstellung machen, wenn man weiß, daß in der Vier-Millionen-Stadt Rio de Janeiro im vergangenen Jahr 22 000 (zweiundzwanzigtausend) umbandistische Kultzentren registriert waren. Brasilien wird nicht zu Unrecht „das größte spiritistische Land der Welt“ genannt. In der Bedeutung gegenüber der Umbanda weit im Hintertreffen, doch gleichfalls eine wachsende Bedrohung des Katholizismus sind *protestantische, besonders pentekostalistische Sekten*, deren jährliche Zuwachsrate über 10% liegt.

Der brasilianische Katholizismus

Der brasilianische Katholizismus ist uneinheitlich wie überall in der nachkonziliaren Kirche. Jedoch existiert er hier in einer solchen Verschiedenheit von Überzeugungen, daß die extremen Positionen eine *klare schismatische Situation* zutage treten lassen. Es handelt sich kaum um material-dogmatische Differenzen — die dogmatischen Streitigkeiten, wie sie in der abendländischen Geschichte auftraten, hatten in Brasilien nie ein besonderes Gewicht. Die Unterschiede hier sind — wie in ganz Lateinamerika — gesellschaftlicher, praktischer Natur. Sie bringen die verschiedenen Gruppen oft buchstäblich gegeneinander auf die Barrikaden. Streitpunkt ist die Einstellung des Christen zur Gesellschaft, die Frage nach der Funktion der Kirche im Leben eines Volkes, eines Staates. Ist der Katholizismus eine Religion der Tröstung und Verheißung für Individuen? Ist die Kirche eine sakrale Einrichtung zum Schutz von Ordnung und Moral? Ist sie eine Institution zur Sanktionierung bestehender Verhältnisse von Gottes Gnaden? Opium fürs Volk? Oder ist sie ein Aufruf zur tätigen Veränderung der Welt, zur Humanisierung, zur Verbreitung der Befreiungsbotschaft Christi?

Soll sie allen Menschen ihre Verantwortung an dem Aufbau gerechterer Strukturen aufzeigen? Ist sie eine Aufforderung zum Aufbrechen der Strukturen? Befreiung des Volkes in Christus? An der Frage nach der gesellschaftlichen Funktion der Kirche scheiden sich die Gruppierungen. Bei aller damit notwendigen Vergrößerung kann man die verschiedenen kirchlichen Richtungen doch am besten nach eigenem brasilianischen Sprachgebrauch anhand des Schemas „reaktionär — konservativ — fortschrittlich — radikalprogressiv“ aufzeigen, auch wenn wie gesagt solche Einstufungen nie die ganze Wirklichkeit umfassen.

Als *reaktionär* im eigentlichen Sinn ist in der katholischen Kirche Brasiliens nur eine kleine, jedoch äußerst militante und einflußreiche Gruppe zu bezeichnen. Vor Jahren lag die Führung noch bei den Bischöfen *Geraldo Proença Sigaud* und *Antônio Castro Mayer*, heute verlagert sich ihr Zentrum immer mehr auf Laien. Die „Gesellschaft zur Verteidigung von Tradition, Familie und Eigentum“ (TFP), die Zeitschriften „*Hora Presente*“, „*Catolicismo*“ und „*Permanência*“, vertreten eine streng hierarchische und statische Sicht von Kirche.

In gesellschaftlicher Hinsicht hat die Kirche nach diesen Gruppen das Recht und die Pflicht, die „Werte des christlichen Abendlandes“ zu hüten. Die traditionell bestehenden Verhältnisse muß sie legitimieren und sanktionieren, solange diese Verhältnisse Ordnung, Autorität und den hierarchischen Aufbau der Gesellschaft vertreten. Wer diese Ansichten nicht teilt, wird rasch als Ketzer und Antichrist gebrandmarkt. Innerkirchliche Erneuerungsbestrebungen, soziale Reformen und Bewußtseinsbildung der Masse sind Teufelswerk wie Sozialismus und Kommunismus. Zu dieser Richtung zu zählen sind die politisch tonangebenden Gruppierungen im Lande, in Mehrheit Großgrundbesitzer, Industrielle, hohe Militärs, im großen und ganzen gerade die brasilianische *Oberschicht*, die noch etwas von Religion und Kirche hält.

Im scharfen Gegensatz zu den genannten stehen die *radikal-progressiven* Kräfte der katholischen Kirche. Sie sind eine ebenso kleine militante Minderheit, deren Mitglieder heute fast alle in Gefängnissen, im Untergrund oder im ausländischen Exil leben. Auch dabei handelt es sich hauptsächlich um Laiengruppen. Aber auch Priester und Ordensleute gehören dazu, wie einige der 1969 verhafteten Dominikaner von São Paulo. Die meisten kommen aus der inzwischen zerschlagenen Volks-Aktion (AP), dem Versuch eines Bündnisses zwischen Christen und Marxisten, das 1962 aus gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der Katholischen Studentenjugend JUC entstanden war. Die Radikalprogressiven gehen aus von der *marxistischen Analyse* der bestehenden Verhältnisse. Diese sind für sie derart voll von Ungerechtigkeit und Gewalttätigkeit, daß nur eine radikale Solidarisierung mit den Unterdrückten und eine gewaltsame Änderung der Macht-

struktur eine Wende bringen kann. Deswegen gilt ihr Kampf als „Kirche der Armen“ den wirtschaftlichen und politischen Machthabern Brasiliens und deren Verbündeten und ebenso den reformistischen und konservativen Gruppierungen innerhalb der Kirche.

Ähnliche Prinzipien wie die Radikal-Progressiven vertreten die *fortschrittlichen* kirchlichen Kräfte, doch ziehen sie aus der gleichen Bestandsaufnahme andere Schlußfolgerungen. Sie haben erfolgreichen Einfluß unter den jungen Priestern und in der Bischofskonferenz. Männer wie *Helder Pessoa Câmara*, der weltbekannte Erzbischof von Recife, und *Antônio Fragoso*, Bischof der Elendsstadt Cratêus, sowie zwei Dutzend weitere Bischöfe sind ihr hierarchischer Motor. Die Franziskaner von Petropolis, die Dominikaner, die Equipen der Bewegung für bewußtseinsweckende Erwachsenenbildung MEB, die Katholische Arbeiterjugend JOC, vertreten mit ihren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit diese Gruppierung des brasilianischen Katholizismus. Im Gegensatz zu den Radikal-Progressiven wollen sie diese in einer evolutionären und nicht in einer revolutionären Entwicklung verwirklicht sehen. Die Rechtfertigung ihrer Arbeit beziehen diese fortschrittlichen kirchlichen Kräfte aus den päpstlichen Enzykliken zu sozialen Fragen und den Beschlüssen der lateinamerikanischen Bischofskonferenz 1968 in Medellín.

Die größte unter den vier Gruppen, die heute die katholische Kirche in Brasilien ausmachen, sind die *Konservativen*, die die traditionelle katholische Gesellschaft vertreten. Sie folgen auch heute noch dem Bild von einer mehr oder weniger problemlosen Kirche, die dem Volk in den Sakramenten geistlichen Trost zuspricht. Ihr Kampf gilt der Unmoral, ihr Einsatz der Wachsamkeit über die sittlichen Werte der christlich-abendländischen Kultur. Sie haben grundsätzlich nichts gegen einzelne soziale Reformen. Ihre Lösungen gehen jedoch über eine caritative Hilfe nicht hinaus.

Diese Gruppe der Konservativen hat ihre Anhänger vor allem in der Mittelschicht. Der größte Teil der älteren Priester und rund zwei Drittel der Bischöfe gehören zu dieser Gruppierung.

Das Verhältnis von Kirche und Staat

Wenn eine Kirche mißverstanden wird als Lieferant kultureller und gesellschaftlich-religiöser Dienstleistungen, wenn sie wenig Rückhalt in der Masse des Volkes hat und ihre aktiven Mitglieder in den Antworten auf die soziale Herausforderung gespalten sind, kommt sie in dem Augenblick in Bedrängnis, in dem die Nation einen politischen und wirtschaftlichen Weg einschlägt, der ihren eigenen offiziellen gesellschaftspolitischen Grundsätzen zuwiderläuft. Genau das ist in Brasilien mit dem Staatsstreich der Militärs im April 1964 geschehen¹¹.

In den Jahren der demokratischen Regierungen *Kubitschek*, *Quadros* und *Goulart*, von den fünfziger Jahren bis zum Staatsstreich, liefen die sozialen Bemühungen der Regierung und wenigstens eines Teils der kirchlichen Führung parallel. Beide vertraten die Überzeugung von der Notwendigkeit strukturverändernder Reformen und deren Dringlichkeit. Zwischen 1956 und 1964 entstanden aus der Zusammenarbeit von Kirche und Regierung verschiedene sozialreformerische Projekte, darunter die Erwachsenenbildungs-Bewegung MEB.

Der 1. April 1964 brachte den unblutigen Umsturz, die Militärs ergriffen die Macht und begannen eine Jagd auf echte und mögliche Gegner des neuen Regimes, eine Jagd, die bis zum heutigen Tag andauert. Für subversiv erklärt und festgenommen wurden Kommunisten und Christen, Gewerkschaftsmitglieder und Studentenführer und schließlich auch konservative zivile Politiker. Die Suche, Festnahme und Folterung von sogenannten Subversiven sind für die Militärregierung eine unersetzliche Voraussetzung zur Erhaltung ihrer Macht. Bereits zwei Monate nach dem Staatsstreich beschloß die *Brasilianische Bischofskonferenz* (CNBB) eine Stellungnahme¹² zu der Machtübernahme der Militärs. Doch der Text war ein Kompromiß. Im Windschatten einer konservativen Regierung trat nämlich zum erstenmal die Gruppe der konservativen Bischöfe massiv auf den Plan. Was sie angesichts einer linksgerichteten Regierung und einer beweglicher werdenden Soziallehre Roms nicht öffentlich zu vertreten gewagt hatten, das erhielt nun Stimme und Gewicht. Die Erklärung vom 29. Mai 1964 demonstrierte augenfällig den Kampf zwischen grundverschiedenen kirchlichen Richtungen.

Einstimmig jedoch verurteilten die Bischöfe in jener Erklärung die Unterdrückung katholischer Gruppen, die gleich nach dem Militärputsch eingesetzt hatte und von der die progressive „*Ação Católica*“ ebenso betroffen war wie „MEB“, die bewußtseinsbildende bischöfliche Alphabetisierungskampagne.

Die nun folgenden jahrelangen Konflikte und Verfolgungen fortschrittlicher kirchlicher Gruppen erwachsen alle aus der anfangs beschriebenen politischen und wirtschaftlichen Situation Brasiliens seit der „*Revolution '64*“:

- Verletzung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte
- Beibehaltung bzw. Verschärfung der sozialen Ungerechtigkeit

Einzelne Bischöfe wurden Wortführer der Unterdrückten, hauptsächlich *Waldyr Calbeiros* von Volta Redonda, *D. Helder Pessoa Câmara* von Recife, *D. Fernando Gomes* von Goiânia, der jetzige Erzbischof von São Paulo, *Paulo Evaristo Arns OFM*, *Petro Casaldaliga*, Bischof von São Felix de Araguaia im Mato Grosso, und der

Intellektuelle unter den Bischöfen, *D. Cândido Padim*. Auch aus Regionalgruppen der Bischofskonferenz wurden mutige Ankläger von Mißständen, so vor allem die regionalen Bischofskonferenzen des Nordostens. In der nach dem Staatsstreich mit konservativen Männern besetzten Führungsspitze der nationalen Bischofskonferenz CNBB konnte sich seit 1968 wieder eine Gruppe von Reformern durchsetzen und so den offiziellen Kurs der brasilianischen Kirche gegenüber der Regierung im Namen der Unterdrückten führen.

Dauerkonflikt mit den Militärs

Von den Polizeimaßnahmen 1964 bis zu den Studentenunruhen 1968 hatte zwischen Kirche und Staat eine Art Waffenstillstand geherrscht. Zwar wurde er mehrere Male durch Konflikte unterbrochen, diese konnten jedoch die vorwiegend konservativ besetzte Zentralkommission der CNBB nicht erschüttern in der Hoffnung, es handle sich um vorübergehende Episoden, und dem Vertrauen, die jahrhundertelangen guten Beziehungen zwischen Staat und Kirche würden sich mit der Zeit von selbst wieder einstellen. In der Tat herrschte bis 1968 bei einem Großteil der Bischöfe die Überzeugung, die Konflikte entspringen mehr oder weniger einem Mißverständnis.

Aber mit dem Jahr 1968 begann eine neue nicht abreißende Kette von Konflikten.

— Ende März wurde in Rio der Student *Edison Luís* von Militärpolizisten erschossen. Diese Schüsse brachten den gärenden Topf der nationalen Studentenunruhen zum Überlaufen und führten zu offenen Protestveranstaltungen gegen das Militärregime. Die Totenmesse für den erschossenen Studenten geriet zum Forum der Gegner des Regimes. Dank des persönlichen Einsatzes junger Priester blieben die Demonstrationen gewaltlos, in Albe und Meßgewand stellten sie sich Hand in Hand mit den Studenten gegen die Polizei. Bischof *José Castro Pinto* und ein Priester übernahmen in den darauf folgenden Wochen die Rolle der Vermittler zwischen Regierung und Studenten. Die Vermittlung scheiterte, und Ende Juni brachen erneut die Unruhen aus, dabei gab es sechs Tote. Namhafte Vertreter der Kirche stellten sich auf die Seite der Studenten und deren Forderungen.

— Mitten hinein in diese Auseinandersetzungen traf die Veröffentlichung des von der CNBB in Auftrag gegebenen Papiers über: „Die nationale Sicherheitsdoktrin im Licht der kirchlichen Lehre“. Autor war Bischof *Cândido Padim*, studierter Jurist und intellektueller Anführer der „Progressiven“. Zum erstenmal artikulierte ein offizielles kirchliches Papier die Unvereinbarkeit der Ideologie des Militärregimes mit der katholischen Soziallehre. Was sich in den vorausgegangenen vier Jahren als sporadischer Protest gezeigt hatte, wurde hier theologisch untermauert.

— Zur gleichen Zeit wurden aus allen Teilen Brasiliens Landarbeiterunruhen gemeldet, aus den Industrie-Vorstädten Arbeiterstreiks. Im Zusammenhang damit nahm die Polizei den französischen Arbeiterpriester *Pierre Vauthier* fest, die Regierung verwies ihn später des Landes. Aus Verärgerung darüber lehnte der damalige, eher regierungsfreundliche Erzbischof von São Paulo, Kardinal *Agnelo Rossi*, die Annahme des ihm verliehenen Nationalen Verdienstordens ab.

— Im November wurden in Belo Horizonte drei Priester und ein Diakon festgenommen und gefoltert. Das nationale Echo, das dieser Vorfall hervorrief, und in dessen Verlauf Militär und Presse die „kommunistische Kirche“ und die „Priester der chinesischen Linie“ attackierten, während die „Progressiven“ von Kirchenverfolgung sprachen, wurde jäh beendet. Am 13. Dezember 1968 verkündete der Präsident Brasiliens das Ermächtigungsgesetz, den Verfassungsakt Nr. 5, der Brasilien zur Diktatur erklärte.

Wie bei der sogenannten „Revolution“ von 1964 waren die Begleiterscheinungen dieser „Revolution in der Revolution“ mehr als negativ: eine *Verhaftungswelle* überrollte das Land, die sich diesmal hauptsächlich auf Studenten und Universitätsprofessoren erstreckte. Viele Angehörige der Intelligenz gingen ins Exil. Auch auf die Kirche konzentrierte sich die Verfolgung. Abgesehen von den Laien, die der Polizei ins Netz liefen, zeigte die Bilanz des ersten halben Jahres nach dem Ermächtigungsgesetz für die Kirche folgendes Bild:

ein mit Gefängnis bedrohter Bischof, fünf verhaftete Priester, einige davon gefoltert, vier Priester und eine Reihe von Theologiestudenten zu Gefängnisstrafen verurteilt, sechs ausländische Missionare des Landes verwiesen.

Verhärtung seit 1969

Im Februar 1969 veröffentlichte die Zentralkommission der Bischofskonferenz in ihrer Stellungnahme eine *indirekte Verurteilung des Ermächtigungsgesetzes*. Ausdrücklich legten die Bischöfe nochmals die Soziallehre der Kirche dar und stellten fest: „Die Situation, die im Dezember des vergangenen Jahres institutionalisiert wurde, ermöglicht Willkür. Sie verletzt fundamentale Menschenrechte, wie das Recht auf Verteidigung, auf Meinungs- und Informationsfreiheit. Die Würde der Person ist physisch oder moralisch bedroht . . .“ In Anspielung auf das Dritte Reich in Deutschland zitierte das bischöfliche Dokument die Enzyklika Pius' XI. „Mit brennender Sorge“. Daß der Protest nicht allzu scharf geriet, dafür sorgten die konservativen Mitglieder in der Zentralkommission. Aber trotz ihres Widerstands gegen einen betont sozialreformerischen Kurs gingen sie in der Verteidigung von Recht

und Freiheit mit den sozial engagierten Bischöfen einig. Diese steckten bei ihren Anliegen zurück, um die Einheit der Kirchenführung nicht zu gefährden. Das vorgelegte analytische Dokument „Brasilien 69“ wurde von der Bischofskonferenz wie schon sein Pendant vom vorausgegangenen Jahr nicht verabschiedet.

Aber eine Reihe von weiteren Konflikten verschlechterte indessen noch mehr das Verhältnis von Kirche und Staat: — Zu einem „Skandal“ kam es im Bundesstaat Ceará. Wegen der Verurteilung eines Kollegen beschloß der Priesterrat von Fortaleza (800 000 Einw.), die Kirchentüren am folgenden Pfingstsonntag geschlossen zu halten. Der aufgebrachte General der dortigen Garnison veranlaßte den Militärgeistlichen, auf einem öffentlichen Platz die Messe zu lesen, der erhoffte Zustrom von Gläubigen blieb jedoch aus.

— Im Mai 1969 wurde in Recife die grausam zugerichtete Leiche eines jungen Priesters gefunden. *Henrique Neto*, um den es sich handelte, war ein Soziologie-Professor und enger Mitarbeiter von Helder Câmara. Die Mörder gehörten zum „Kommando der Kommunisten-Jäger“ (CCC), sie sind bis heute auf freiem Fuß.

— Der Bischof des Stahlindustrie-Zentrums Volta Redonda, *Waldyr Calheiros* denunzierte Fälle von Folterungen an verhafteten Fabrikarbeitern. Das Militärgericht strengte daraufhin ein Verfahren wegen Verleumdung gegen den Bischof an.

— In den Vorfall der Festnahme des Kommunistenführers *Carlos Marighela*, im November 1969, der zu dessen Tod führte, waren Dominikaner aus São Paulo verwickelt. Der gesamte Dominikanerorden war dem Verdacht ausgesetzt, Kontakte zum links-politischen Untergrund zu unterhalten. Eine Reihe von Patres und Brüdern wurden verhaftet, manche auch gefoltert. Drei von ihnen sind heute noch in Haft, einer wurde mit anderen politischen Häftlingen gegen den damals von Untergrundgruppen entführten Schweizer Botschafter ausgetauscht.

— Trotz des Versuchs der Regierung, den Nationalen Eucharistischen Kongreß 1970 von Brasilia und die gleichzeitig dort tagende Bischofskonferenz zur Propaganda zu mißbrauchen und dem Volk ein Bild der Eintracht zwischen Staat und kirchlicher Leitung zu demonstrieren, ging das Pastoraldokument von Brasilia einen Schritt weiter als bisherige Aussagen der CNBB. Es verurteilte klar die Folterpraxis, die von der Regierung stets geleugnet worden war.

— Im August 1970 wurden im Nordosten des Landes auf die Anzeige von Landbesitzern hin zwei Priester wegen kommunistischer Umtriebe festgenommen und einer davon schwer gefoltert. Die Bischöfe der Region veröffent-

lichten die Fälle, die CNBB protestierte und sorgte für Publizität. Das erzwungene Gerichtsverfahren zeigte, daß die Zeugen der Anklage bestochen oder selbst gefoltert worden waren. Das Gericht sprach die beiden Priester frei.

— Der schwerste Angriff traf die Kirche im Oktober 1970. Ein Kommando der politischen Militärpolizei CODI besetzte das bischöfliche Institut für Sozialforschung und -planung IBRADES in Rio de Janeiro und nahm alle dort Anwesenden fest. Ebenso festgenommen wurde zu einem mehrstündigen Verhör der alarmierte Generalsekretär der CNBB und heutige Vizepräsident des CELAM, *Aloísio Lorscheider*. Ein gutes Dutzend katholischer Laien und einige Priester wurden gefangengehalten.

— Neben weiteren Denunzierungen und Verhaftungen kirchlich-progressiver Leute wurde 1971 aus São Paulo die Folterung eines italienischen Priesters und einer Fürsorgerin gemeldet. Der neue Erzbischof Paulo Evaristo Arns protestierte öffentlich.

— Den vorläufig letzten großen Konflikt zwischen Kirchenführung und Militärregierung verursachte der 139 Seiten Dokumentationsmaterial umfassende Hirtenbrief des jungen spanischen Bischofs Petro Casaldaliga. Er prangerte die Ausbeutung von Landarbeitern und Vernichtung von Indios im Amazonasgebiet an und brachte damit die Machenschaften großer Viehzucht-Unternehmen aus São Paulo an die Öffentlichkeit. Die Auseinandersetzung um diesen Konflikt dauern bis heute an.

1972 gab es zwar keine aufsehenerregenden Auseinandersetzungen, jedoch schwelt die Krise unentwegt weiter. Ein Priester aus Bahia verschwand spurlos und wurde später in einem Gefängnis unter politischen Häftlingen entdeckt. Mehrmals reiste der Generalsekretär der Bischofskonferenz nach Brasilia, um gegen Massenverhaftungen im Nordosten zu protestieren und sich für die Rechte der armen Caboclos und Indianer im Mato Grosso- und Amazonas-Gebiet einzusetzen. In São Paulo wurde dem Erzbischof Arns der Besuch der zu einem Hungerstreik angetretenen politischen Gefangenen untersagt.

Nur beschränkt handlungsfähig

Die einstweilen letzte große Deklaration, die nicht nur in Brasilien Aufsehen erregte, sollte die Erklärung zur Feier des 150. Jahrestags der brasilianischen Unabhängigkeit im September 1972 werden. Sie wurde aber trotz großer offizieller Ankündigung nie publiziert. Statt dessen veröffentlichte der Episkopat lediglich eine Grußbotschaft.

Wie kaum ein anderes Anzeichen deutet diese unterlassene Stellungnahme der Bischöfe zur Geschichte und Situation Brasiliens auf eine Veränderung des bisherigen Verhaltens

der Kirche gegenüber dem Militär hin, eine Änderung zumindest in der Taktik. Der Beschluß, das schon fast fertiggestellte Dokument nicht zu veröffentlichen, resultiert aus einer Befragung aller Bischöfe: die Mehrheit hatte sich gegen das geplante Vorhaben gestellt.

Das heißt jedoch nicht nur, daß ein großer Teil der Hierarchie den Weg der Konfliktvermeidung und des Kompromisses gehen will, das Ergebnis zeigt auch eine neue Polarisierung innerhalb des Episkopats. Denn nicht alle „Nein“-Stimmen kamen von „Konservativen“, auch „Progressive“ stimmten dagegen und begründeten dies: die Bischöfe hätten schon mehr als genügend Deklarationen veröffentlicht und Erklärungen verfaßt — die Situation im Land habe sich nicht im geringsten geändert.

Im Anschluß an die letzte Vollversammlung im Februar 1973 veröffentlichte die CNBB zwar eine Reihe von Verlautbarungen, in denen die Bischöfe sich von neuem zur Hilfe für die sozial Armen bekennen, „institutionalisierte Ungerechtigkeiten“ verurteilen und die Einhaltung bzw. Erfüllung der bürgerlichen und sozialen Grundrechte fordern. Auch machten sie nicht zuletzt angesichts der „steigenden Tendenz zu autoritären Staatsformen in Lateinamerika“ den Vorschlag zur Errichtung eines internationalen „Tribunals zur Wahrung der Menschenwürde“. Aber der notwendige interne Klärungsprozeß scheint ausgeblieben zu sein. Kardinal Scherer beklagte sich später im Rundfunk, die Bischofskonferenz habe die Erwartungen vieler Katholiken enttäuscht, die Aufklärung über „theologische Irrtümer und Verwirrungen“ erwartet hätten (nach KNA, 11. 3. 73).

Die Polarisierung ist immer noch rechts-lastig, die „Konservativen“ haben einen intelligenten und ambitionierten Führer im neuen Erzbischof von Aracajú, *Luciano Duarte*, bekommen. Ob sich die vorwiegend reformfreudige Führungsspitze der Bischofskonferenz mit ihrer Linie jemals voll durchsetzen können, ist zumindest fraglich. Sie wird wohl immer mehr zum Stillhalten und Kompromiß gezwungen sein. Ein offener Bruch mit der Regierung würde die innere Schwäche der brasilianischen Kirche, den fehlenden Rückhalt im Volk, offenlegen. Die Folge wäre eine Spaltung in eine „Staatskirche“ und eine „Untergrundkirche“.

¹ Die vollständigste Veröffentlichung der Dokumente hierzu findet sich seit 1968 in der Zeitschrift „SEDOC“, Editora Vozes, Petropolis/Brasil. ² Angaben nach Hermann M. Görden: Brasilien. Landschaft, Politische Organisation, Geschichte. Nürnberg 1971. ³ Siehe Tabelle Nr. I bei Fernando Henrique Cardoso: Das „Brasilianische Entwicklungsmodell“: Daten und Perspektiven. Internat. Tagung „Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit: Wege und Modelle zukünftiger Gesellschaften in Lateinamerika“ 17.—19. Okt. 1972 in Bonn. ⁴ Einer der besten Kenner, Marcio Moreira Alvels: Brasilien — Rechtsdiktatur zwischen Armut und Revolution. rororo-aktuell, Hamburg 1972. ⁵ F. H. Cardoso: a. a. O.; Celso Furtado: Obstacles to Development in Latein America. Doubleday, New York 1970. ⁶ Siehe dazu F. H. Cardoso: a. a. O. Tabelle Nr. 6. ⁷ Zitiert bei Carlos Widmann: Vom Wunder profitieren nur die

Reichen. Süddeutsche Zeitung, 19. 7. 72 S. 3. ⁸ Daten zur kath. Kirche in Brasilien im 5jährig erscheinenden „Anuário Católico do Brasil“. Hrsg. v. CERIS, Rio de Janeiro. Die neueste Ausgabe soll Ende 1972 erscheinen, und liegt dem Verfasser noch nicht vor. ⁹ Die folgenden Angaben stammen von Rowan Ireland: The Catholic Church and Social Change in Brazil. In: Riordan Rowett (Ed.): Brazil in the Sixties. Vanderbilt Univ. Press Nashville 1972, S. 363.

¹⁰ Vgl. u. a. Lindolfo Weingärtner: Umbanda. Erlangen 1969. ¹¹ Die Hintergründe sowie eine ausführliche chronologische Aufzählung der Etappen des Staat-Kirche-Konflikts gibt Charles Antoine: L'Eglise et le Pouvoir au Brésil. Desclée de Brouwer, Paris 1971. ¹² Alle Erklärungen der Brasilianischen Bischofskonferenz, CNBB, sind veröffentlicht in „Comunicado Mensal da Conferência dos Bispos do Brasil“, Rio de Janeiro, fortlaufend seit 1958.

Sonderberichterstattung Synode XVI

Zur ersten Vollversammlung der Pastoralynode der DDR

Nach rund dreieinhalbjähriger Vorbereitung fand in der Dresdner Hofkirche vom 23. bis 25. März die erste Vollversammlung der Pastoralynode der Jurisdiktionsbezirke in der DDR statt. Die 150 Synodalen versammelten sich jeweils nach den täglichen, für jedermann zugänglichen Gottesdiensten im linken Seitenschiff der Kathedrale.

Neben den acht Mitgliedern der Berliner Ordinarienkongferenz (BOK), die als Synodale an den Diskussionen teilnahmen und sich teilweise auch zur Wahl in Fachkommissionen stellten, sich aber — gemäß Statut — nicht an den Abstimmungen beteiligen, setzt sich die Synode aus 71 Priestern und 71 Laien zusammen. Nach einem komplizierten Wahlverfahren, das allerdings weitgehende Ausgewogenheit garantierte, waren zusätzlich noch 21 Synodale „zum Ausgleich struktureller Unterschiede“ von der BOK berufen worden. Dennoch fällt bei der Liste der Mitglieder der Synode ein starkes *Übergewicht* bei den Laien *zugunsten kirchlich Bediensteter und akademisch Gebildeter* auf. Ordensbrüder und Schwestern wurden zudem der Rubrik Laien zugeordnet. Etwas ironisch wurde vermerkt, es sei für eine Synode in der DDR, die sich als ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat betrachtet, kein gutes Vorzeichen, wenn aus dieser Schicht lediglich ein Büromaschinenmechaniker und zwei Dipl.-Landwirte unter den Synodalen zu finden seien. Für die spätere Beratung der Thematik „Arbeit und Welt“ sowie angesichts der zunehmenden Verdrängung von Katholiken aus dem akademischen Bereich durch Drosselung des Zugangs zu den Hochschulen könnte sich diese Lücke unter Umständen noch als ein Handicap erweisen. — Neben den Synodalen waren mehrere *nicht-katholische Beobachter* aus der DDR und ausländische Gäste anwesend. Zu den ersteren zählte ein Vertreter des Mitteleuropäischen Exarchats des Moskauer Patriarchats ebenso wie insgesamt fünf Beobachter des „Bundes der Evangelischen Kirchen“

und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der DDR und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. Als *Gäste* nahmen zwei Vertreter der Katholischen Kirche Polens und Bischof *Bernhard Stein* aus Trier und Akademiedirektor *Henry Fischer* aus Hamburg als Präsidiumsmitglieder der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland teil. Außerdem waren drei Vertreter des „Synodalen Vorgangs“ in Österreich und zwei Vertreter der Schweizer „Synode 72“ anwesend. Die Einladung an die Katholische Kirche aus der ČSSR blieb unbeantwortet.

Die *Presse* war nach einem Beschluß der Ordinarienkongferenz von der Vollversammlung in Dresden ausgeschlossen. Man befürchtete wohl, vor allem die Ost-CDU könnte über ihre katholischen Exponenten in der Redaktion der „Neuen Zeit“ oder der Monatsschrift „begegnung“ die Synode propagandistisch nutzen. Zweifellos wäre es unmöglich gewesen, westliche Korrespondenten zuzulassen und gleichzeitig östliche auszuschließen. Kardinal *Bengsch* begründete in seiner Eröffnungsansprache die Entscheidung aber noch anders. Man habe dadurch sicherstellen wollen, daß keine „falschen oder mißverständlichen Informationen an die Öffentlichkeit gelangen“. Dies Argument läßt die Vermutung zu, daß man vor allem ein zu starkes Interesse westlicher Presseorgane befürchtete, deren Aktivität wiederum eine unangemessene Aufmerksamkeit offizieller Stellen der DDR auf das Ereignis in Dresden zur Folge gehabt hätte.

Bengsch hatte zu Beginn auch nochmals eindringlich betont, die Synode unterliege keinem „Einfluß von außen“, Rom habe dies zur Bedingung gemacht. Er erwähnte aber auch „ein Gespräch mit der Regierung der DDR“, bei dem „von beiden Seiten festgestellt worden sei, daß die Synode ein *innerkirchliches* Ereignis mit ausschließlich pastoraler Zielsetzung sei“. Diese Feststellung des Kardinals wurde vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ und von der übrigen DDR-Presse wiedergegeben. Die DDR-Behörden gaben sich gegenüber der Synode offen-